

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 70 (1990)
Heft: 7-8

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkte

Vor der europäischen Stunde der Wahrheit

Die schweizerischen Unterhändler auf dem europäischen Parkett stehen am Beginn der wohl schwersten Bewährungsprobe seit dem Zweiten Weltkrieg. Wenn es in den nächsten Monaten schlecht läuft, wird sich das Schweizervolk im kommenden Jahr mit einem Vertragswerk über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) konfrontiert sehen, das bei einem Drausenbleiben schwer verträgliche Nachteile zur Folge haben wird, während ein Mitmachen mit einem kaum noch zumutbaren politischen Preis verbunden sein könnte.

Verschiedene relativ harte Positionsbezüge auf Seiten der EG, aber auch eine gewisse Neigung der EFTA-Staaten zum Auseinanderdriften lassen die Ausgangslage in nicht allzu rosigem Licht erscheinen. Doch der schweizerische Chefunterhändler, Staatssekretär Blankart, hatte wohl nicht unrecht, wenn er kürzlich erklärte, prononcierte Forderungen im Vorfeld von Vertragsverhandlungen gehörten sozusagen zum diplomatischen Geschäft; Aufgabe des schweizerischen Teams sei es nun vorerst, den Härtegrad dieser Positionen zu testen und durch geschicktes Taktieren und Kombinieren den Verhandlungsspielraum möglichst gross zu halten, respektive noch zu vergrössern.

Trotzdem lässt sich nicht übersehen, dass die schweizerische Verhandlungsposition zum vornehmerein mit schwerwiegenden Hypotheken belastet ist. Die bisherige Doppelstrategie von bilateralen Verhandlungen einerseits und dem permanenten Dialog zwischen EG und

EFTA im Rahmen des sogenannten «Follow up von Luxemburg» mit seinen 25 gemischten Arbeitsgruppen anderseits gehört wohl so oder so definitiv der Vergangenheit an. Dazu ist der Drang der meisten europäischen Staaten zu vermehrter Einheit allzu gross. Der Ruf von Kommissionspräsident Delors, nur noch «mit zwei Stimmen», und zwar im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsraumes, zu sprechen, ist auf weite Zustimmung gestossen. Das Verständnis für «Sonderfälle» wird kleiner und kleiner. Auch die Mehrheit der EFTA-Staaten drängt mit andern Worten darauf, zu umfassenderen Lösungen zu kommen.

Einer der Gründe für diese noch vor zwei Jahren fast undenkbar erscheinende Entwicklung liegt im Zerfall des Ostblocks. Das Europa von 1990 ist etwas ganz anderes als jenes von 1988. Die EG sieht sich als westeuropäische Führungsmacht im wirtschaftlichen Sinn vor gewaltige Herausforderungen gestellt. Es erwachsen ihr hier epochale Pflichten kurzfristiger Hilfestellungen wie mittelfristiger Strategien. Das ist nicht nur gesamteuropäische Verantwortung in historischer Stunde. Es ist auch die Wahrnehmung langfristiger Perspektiven im Hinblick auf einen neuen osteuropäischen Markt der Zukunft von über 400 Millionen Menschen. Die gewaltige Dynamik, die das ehrgeizige Programm von «EG 92» schon bisher gekennzeichnet hatte, ist damit noch zusätzlich gesteigert worden. Sie schlägt sich vor allem auch in einem Tempo nieder, das fast beängstigendes Ausmass angenommen hat.

Nun ist die Schweiz zwar nach wie vor ein Partner in diesem Spiel, der ein beträchtliches wirtschaftliches Gewicht auf die Waagschale zu werfen vermag. Aber der angestrebte Binnenmarkt von bisher 320 Millionen Menschen mit seinem Erweiterungspotential des 30-Millionen-Marktes der EFTA hat durch den osteuropäischen Aufbruch plötzlich eine völlig neue Perspektive erhalten. Ein künftiger Europa-Markt von 750 Millionen Menschen ist nicht mehr blosse Utopie. Dass damit eine Relativierung des Stellenwerts der Schweiz und ihrer Sonderprobleme verbunden ist, lässt sich nicht mehr übersehen. Dieser Sachverhalt käme wohl vor allem dann negativ zum Tragen, wenn ein Beitritt zum EWR aus staatspolitischen Gründen scheitern würde.

Was die konkreten Folgen eines solchen Nichtbeitritts betrifft, so ist ihre Beurteilung heute im Detail noch recht schwierig. Der EG-Binnenmarkt 92 — und damit auch ein wesentlicher Teil der Substanz des künftigen EWR — ist zwar weit fortgeschritten. Gegen 250 der 279 Richtlinien sind von der Brüsseler Kommission bereits verabschiedet, und mehr als 150 wurden vom Ministerrat schon zum Beschluss erhoben. Doch all diese Richtlinien bedürfen auch der Umsetzung in die Gesetzegebungen und Ausführungsverordnungen der Mitgliedstaaten, in komplexeren Fällen vergleichbar etwa mit dem Weg zum Beispiel des schweizerischen Umweltschutzgesetzes bis zum Vollzug der kantonalen Anschlussverordnungen. In der EG ist diese Umsetzung erst zum kleinen Teil erfolgt. Wer also, wie etwa einzelne St. Galler Professoren, heute schon zum Schluss kommt, ein Abseitsstehen hätte wirtschaftlich nicht allzu schwere Folgen, der geht vom

aktuellen Stand und damit von völlig falschen Voraussetzungen aus.

In Tat und Wahrheit ist die Realisierung der vier Freiheiten im EG-Binnenmarkt, die ja weitgehend auch vom EWR übernommen werden soll, zugleich ein künftiges Riesenrepertoire für sogenannte nichttarifarische Hemmnisse des grenzüberschreitenden Verkehrs von Personen, Gütern, Dienstleistungen und Kapitalien und damit eine Fundgrube für massive Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten jener, die ausserhalb von EG und EWR stehenbleiben. Daraus ergibt sich so oder so ein gewaltiger Anpassungsdruck für eine allenfalls isolierte Schweiz.

Diese Perspektive wird noch zusätzlich akzentuiert durch die zwingend veränderte konkrete Verhandlungsposition einer isolierten Schweiz: Der *follow up* von Luxemburg wäre künftig ersetzt durch die Verhandlungsstrukturen des EWR; die Schweiz wäre also davon ausgeschlossen. Da die ersten Prioritäten der EG inskünftig eindeutig EWR und auch Osteuropa heissen würden, wäre wohl auch der bilaterale Zugang zu Brüssel sehr viel langwieriger als heute.

Das alles würde zumindest kurzfristig trotz allem nicht den Ruin der schweizerischen Wirtschaft bedeuten. Aber schwerwiegende Nachteile wären sicher nicht zu vermeiden. Wer dies in Abrede stellt, ist entweder leichtfertig blauäugig, oder er spielt aus welchen Motiven auch immer mit dem Feuer.

Wir stehen vor der wohl grössten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Schweiz der neunziger Jahre wird in starkem Mass dadurch geprägt, wie wir sie meistern werden. Es besteht kein Anlass zu Panik und dramatischen Bewegungen. Wohl aber

haben wir allen Grund, unsere Positionen und Entscheidungen genau zu bedenken, ob dies am Ende nun ein Ja oder ein Nein zum EWR sei. Beides wird seinen Preis haben. Europa ist in einem Umbruch, wie er noch vor kurzem undenkbar schien. Und die

Schweiz steht nicht nur geographisch mitten drin. Wir haben genügend Substanz, in dieser Situation erfolgreich zu bestehen — aber wir müssen bereit sein, uns den Problemen wirklich zu stellen und vom bloss defensiven Réduit-Denken endgültig Abschied zu nehmen.

Richard Reich

Remonetisierung der Reform-Wirtschaften

Ein Aspekt beim Übergang von einer Zentralverwaltungswirtschaft (ZVW) zu marktwirtschaftlichen Ordnungsstufen hat bisher erstaunlicherweise sowohl in der Diskussion wie in der praktischen Reformpolitik relativ wenig Aufmerksamkeit mobilisiert, obwohl er zentrale Dimensionen aufweist, nämlich den Aufbau eines *monetären Sektors*, der in der Wirtschaft eine aktive Rolle spielt. Zentralverwaltungswirtschaften haben, durch die Optik ihrer Ordnungsarchitektur betrachtet, einen vorwiegend *naturalwirtschaftlichen Charakter*. Die Planungstechniken und Planungsmechanismen sind, wenn nicht ausschliesslich, so doch sehr weitgehend, auf Naturalgrössen eingerichtet. Geld dient in erster Linie der Abwicklung von Planungssentscheiden. Auf die Planungssentscheide selbst hat es jedoch *keinen* Einfluss. Es ist ihm lediglich eine *passive Rolle* zugeschrieben. Verschiedene Stellen im Werk von Marx deuten darauf hin, dass ihm eigentlich eine *geldlose Wirtschaft* vorschwebte. Während der Zeit des Kriegskommunismus (1917–1921) wurde denn auch versucht, das Geld abzuschaffen.

Es ist zweifellos zutreffend, dass einer konsequent durchkomponierten

ZVW das Geld wesensfremd ist, weshalb es denn auch dort, wo es noch eine Funktion ausübt — etwa bei der Verteilung von Konsumgütern mit Hilfe von Geldeinkommen und administrativen Preisen — zu *Störungen* kommen musste. Weil die Produktion von Konsumgütern von den Entscheiden der Konsumenten abgekoppelt wurde und ihre Verteilung über administrative Preise erfolgt, die keine Gleichgewichtspreise mit markträumenden Qualitäten sind, lassen sich Versorgungsverzerrungen (ungleichgewichtige Konsumgütermärkte) als systemimmanente, mithin *unvermeidliche Defekte* interpretieren. Eine *direkte Zuteilung* von Konsumgütern an die Konsumenten hätte der Funktionslogik einer VZW jedenfalls besser entsprochen. Die Koexistenz von zentralverwaltungswirtschaftlichen und «kapitalistischen» Ordnungselementen im Sozialismus ist in der Dialektik der Ideologen stets als Konsequenz einer Übergangszeit affichiert worden; die «reine» Verwirklichung des Kommunismus hätte die «hybride» Form der ZVW absterben lassen.

Nun, soweit ist es bekanntlich nicht gekommen. Die Reformstrategen sehen sich vielmehr mit der Aufgabe konfron-

tiert, die maroden Wirtschaften Mittel- und Osteuropas wieder zu *remonetisieren*, d.h. dem Geld jenes Gewicht zu geben, das die ordnungspolitische Funktionalität marktwirtschaftlicher Systeme verlangt. Welche Probleme stellen sich in diesem Zusammenhang?

1. Notwendig sind einmal *Währungsreformen*, darauf angelegt, die in praktisch allen ehemals sozialistischen Ländern registrierbare *zurückgestaute Inflation* bzw. einen gewaltigen Kaufkraft- oder Geldüberhang, damit gleichzeitig ein gewaltiges inflationäres Drohpotential, zu eliminieren. Verschiedene Vorgehensweisen sind zur Bewältigung dieser Aufgabe denkbar, unter denen realiter wohl ein *Währungsschnitt* am naheliegendsten ist.

2. Eine Währungsreform verlangt sodann notwendigerweise eine *stabilitätsorientierte Geld- und Fiskalpolitik*. Es kann heute wohl kaum in Abrede gestellt werden, dass dieses Ziel mit einer monetarisch eingefärbten Geldpolitik am besten erreicht werden kann. Mit dem Monetarismus ist im Urteil von *Paul A. Samuelson* die Bedeutung des Geldes in der Wirtschaft wieder entdeckt worden, weil die Geldmenge als wichtige Determinante des nominalen Bruttosozialprodukts bzw. des wirtschaftlichen Wachstums verstanden werden muss; die makroökonomischen Variablen: Gesamtproduktion, Beschäftigung und Preisniveau, reagieren auf die Geldmenge.

Im Programm der Monetaristen stehen zwei Merkmale im Vordergrund: einmal eine *geringe staatliche Einflussnahme* auf die Wirtschaft, was den osteuropäischen Wirtschaftsstrategen nicht unbedingt auf die Seele geschrieben ist, und sodann die Dominanz der *Inflationsbekämpfung* in der wirtschaftspolitischen Zielskala. Deshalb

wird die Etablierung einer *unabhängigen Notenbank*, die mit einem *modernen Instrumentarium* ausgerüstet werden muss, unabdingbar. Dazu gehört weiter eine *Finanzpolitik*, die auf die Geldpolitik abgestimmt ist und dieser nicht zuwiderläuft («Fiscal-Monetary-Mix»). Dies allerdings stellt relativ hohe wirtschaftspolitische Anforderungen. Die ehemals sozialistischen Länder besitzen jedoch *keinerlei Erfahrung* im Umgang mit wirtschaftspolitischen Instrumenten marktwirtschaftlichen Zuschnitts; aus diesem Grunde ist wohl kaum zu erwarten, dass sie in der Lage sein werden, diese eher komplizierte Übung mit Bravour und ohne Fruktionsverluste zu bewältigen.

3. Zur Remonetisierung gehört weiter die Beseitigung des Systems multipler Wechselkurse bzw. ein stufenweiser Übergang zu *konvertiblen Währungen*. Die Voraussetzungen für die Einführung konvertibler Währungen verlangen radikale Reformschritte: Änderung des Preissystems und des Außenhandelssystems, Einrichtung von Devisenmärkten durch eine entsprechende Bankenreform, Aufbau von Notenbanken mit echten Zentralbankfunktionen und Devisenreserven. Mit grosser Wahrscheinlichkeit drängt sich ein schrittweises Vorgehen (Teilkonvertibilitäten) auf: zufolge der hohen Importneigung und der ausgesprochenen Exportschwächen der ehemals sozialistischen Länder müsste erwartet werden, dass vollkonvertible Währungen ständig einem *starken Abwertungsdruck* ausgesetzt wären.

4. Und schliesslich bedeutet Remonetisierung eine *Reform des Bankensystems* an Haupt und Gliedern, und zwar dergestalt, dass funktionsfähige Geld- und Kapitalmärkte entstehen können.

In Polen, der CSFR und Ungarn ist erkannt worden, dass kein Reformweg um die Remonetisierung der Wirtschaft herumführt. Bedeutsam wird damit die Frage, ob die neuen Parlamente in der Lage sein werden, die notwendigen

ordnungspolitischen Grundsatzentscheide zu fällen. Bekanntlich ist es auch im Westen nicht ganz einfach, Parlamente auf den Kurs ordnungspolitischen Grundsatzdenkens zu trimmen.

Willy Linder

Fortlaufende Ereignisse

Monatlang haben wir gelesen, Gorbatschow, der Befreier halb Europas von kommunistischer Machtausübung, habe sich damit abgefunden, dass das vereinte Deutschland Mitglied der NATO sein werde. Höchstens würde die bisherige DDR vom militärischen Teil des Paktes ausgenommen werden, wie schon ein Teil Norwegens. Am Gipfeltreffen, an welchem Europa — soll man sagen: selbstverständlich? — nicht dabei war und das wie üblich von vorneherein als «historisch» gerühmt wurde, hat sich diese Überzeugung als Irrtum erwiesen.

Vielerlei wurde seither ins Gespräch gebracht. Die KSZE — mit Vetrorechte jedes Mitglieds und ohne jedes Instrumentarium — soll die NATO ersetzen. Die wiederum soll die Sowjetunion einbeziehen. Wenn der «Kalte Krieg» vorüber und kein heißer Krieg mehr vorstellbar ist, warum nicht die neue Partnerschaft auf den Sicherheitsbereich ausdehnen? Deutschland — darüber herrscht scheinbar Konsens — soll nicht neutral sein, aber auch nicht in einem Bündnis, das, wie bisher, mit möglichen Feinden rechnet. Die Aussicht auf beidseitigen substantiellen Abbau der Rüstung ist realistisch. Die Weigerung, bestimmte Gegebenheiten in Betracht zu ziehen, ist es nicht.

Wie unterschiedlich sich auch die Verhältnisse im europäischen Vorfeld der Sowjetunion gestalten, sie sind völlig anders als noch im September des vorigen Jahres und als irgendwer erwartet hätte, und noch immer asymmetrisch.

Die demokratischen Staaten Europas bleiben aller Voraussicht nach, was sie sind — das Gleiche gilt für die USA. Hingegen könnte Jugoslawien zerfallen. Die sowjetische Führung muss nunmehr neben dem baltischen mit einem russischen Nationalismus rechnen; nicht nur die Ränder bröckeln ab. Der exilierte Philosoph *Alexander Sinowjev* vertritt seit jeher die Ansicht, dass die armen Russen von den anderen Sowjetrepubliken und den Minderheiten ausgebeutet würden und Russland die rechtloseste der Republiken sei. Gleichzeitig — und mit guten Gründen — empfinden die Nichtrussen umgekehrt das Gleiche. In diesem System kann nämlich beides stimmen.

Gorbatschow könnte morgen unter dem Druck der Krisen und heftiger Proteste anders reden und handeln als heute. Es könnte auch, so sehr der ganze Westen ihm Sympathie und Hilfsbereitschaft entgegenbringt, nicht mehr Gorbatschow sein. Der Präsident der Sowjetunion hat seine Schwäche

bewundernswert als Stärke ausgespielt; darin ist Afghanistan das Modell. Die sowjetischen Truppen wurden zurückgezogen; die von Moskau eingesetzte Regierung in Kabul hält stand, sie wird reichlich mit Waffen versorgt, der Widerstand ist verzettelt, zerstritten und kann noch keine Legitimität geltend machen. Militärischer Rückzug — politischer Erfolg.

Die Bundesrepublik Deutschland aus dem atlantischen Bündnis zu manövrieren, war 40 Jahre lang Moskaus Ziel. Wenn das gelingt, wiegt es den Verlust der DDR auf. Auch die russische Republik allein bliebe die weitaus stärkste Militärmacht Europas; die deutschen Streitkräfte gibt es nur als Teil eines übernationalen Ganzen.

Gorbatschow drängt derzeit die Regierung in Bonn, schnelle Hilfe zu leisten, nicht nur mit Krediten, sondern mit Konsumgütern. Wer denkt da noch an ein sowjetisches Bedrohungspotential? Doch kann weder Deutschland noch der gesamte Westen die Sowjetunion vor einer Versorgungskrise retten, die mit der mangelnden Bereitschaft oder Fähigkeit zu tiefgreifenden Reformen zusammenhängt. Lockert sich die atlantische Bindung, kann es zu einer Situation kommen, in der die sowjetischen Wünsche energischer vorgebracht werden.

Der Westen wird sich hüten, etwas zu tun, was die Sowjetunion in ihrem brüchigen Zusammenhalt gefährdet. Er beweist es mit seiner Zurückhaltung gegenüber Litauen. Doch den Kitt kann er auch nicht liefern, wenn das Regime und der Zusammenhalt bedroht sind.

Das Ausspielen von Stärke und Schwäche zugleich kennzeichnet die noch unbefristete Anwesenheit der sowjetischen Truppen in der DDR. Das sei einsteils das Recht der Sieger-

macht, zugleich wird auf die Schwierigkeit hingewiesen, den Zurückkehrenden Quartier und Beschäftigung zu sichern.

Hat nicht Gorbatschow im Vorfeld des Warschauer Paktes den Weg freigemacht aus dem despotischen Polizeistaat zur Demokratie? Es wird auch vermutet, dass die geringe Unterstützung durch den Ostblock die Krise der Sandinisten vertieft und zu ihrer Wahlniederlage geführt hat. Wenn Gorbatschow auf der Rückkehr vom Gipfel den südkoreanischen Präsidenten trifft, aber kaum Havana besuchen wird, ist die Abkehr von einem kommunistischen Internationalismus deutlicher als zuvor.

Das Ansehen der sowjetischen Partei muss — neben allen übrigen Gründen der Unzufriedenheit — darunter leiden, dass «real existierender» Einparteisozialismus nicht mehr als höhere Phase gerühmt wird. Als solche gilt jetzt umgekehrt die «Marktwirtschaft», von der Gorbatschow zugibt, dass er sie anstrebe, aber noch nicht weitergekommen sei. Schuld sei das träge, risikoscheue Volk. Hat nun das Volk dieses System konditioniert oder umgekehrt die «Verwirklichung einer Theorie» das Volk?

Wir wissen noch wenig über die Rolle der Sowjetführung im grossen europäischen Wandel. War es ein Plan, andere Kommunisten an die Stelle der alten «breschnewistischen» Führung zu setzen? Ist er schief gegangen? War die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze, die zur Massenflucht in die DDR führte, mit Moskau abgesprochen? Zu jeder anderen Zeit hätte eine solche Öffnung die gleichen Folgen gehabt.

Vielleicht werden später diese Vorgänge verständlicher werden. Bisher

gibt es mehr Meinungen als sichere Erkenntnisse. Unser Verständnis hat die rasante Beschleunigung der Ereignisse noch längst nicht eingeholt.

Es könnte mit dem Sesamwort «Marktwirtschaft» so gehen wie mit «Perestroika». Man dekretiert nicht Marktwirtschaft wie Verstaatlichung und Fünfjahresplan. Über die vielfältigen institutionellen Voraussetzungen —

um nur von denen zu sprechen — herrscht in der Sowjetunion weiterhin Verwirrung. Wäre «Marktwirtschaft», in welcher Form auch immer, die Chance, auf eigenen Füßen zu stehen oder die Gewähr internationaler Solidarität? Massive Hilfe mag dazu dienen, Reformen zu unterstützen, bisher aber hat sie in der «zweiten Welt» dazu gedient, sie zu vertagen.

François Bondy

Der Kulturoboykott — ein Bumerang

Sie seien nicht bereit, «*einen Schnüffelstaat zu feiern*», schreiben sie, auch nicht — das allerdings hätte auch ich in Anführungszeichen gesetzt — durch «*konstruktive Kritik*», über deren Konstruktivität «*die Schnüffler an der Berner Taubenstrasse*» befinden. Markige Worte dieser Tonlage stehen in einer Erklärung, die von vierzehn Autoren der Gruppe Olten in Zusammenarbeit mit der WoZ-Redaktion im Februar dieses Jahres an Kollegen, Künstler und Intellektuelle verschickt wurde. Als das Papier auf politischer Ebene (wie zu erwarten) ohne Wirkung blieb, meldeten sich die Initianten der Aktion im Mai ein zweites Mal. Ihr Aufruf, teilten sie mit, sei «*von rund 700 Kulturschaffenden*» unterzeichnet, ihre Erklärung jedoch weder von den Politikern in Bern noch von einer breiteren Öffentlichkeit beachtet, sondern «*weitgehend ignoriert*» worden. Ganz so entspricht das nicht der Wahrheit. Es gab schon Reaktionen, von Seiten der Politiker sowohl wie von Leuten, die in anderer Weise im Dienste der Öffentlichkeit stehen. Falls die Verfasser des Aufrufs etwas anderes als Gegenargumente und

Widerspruch erwartet haben sollten, könnten sie einem leid tun. Auch dass ausserhalb des Kreises derer, die für die Durchführung der 700-Jahr-Feier verantwortlich sind, kaum Besorgnis darüber zu konstatieren ist, dass dieser Anlass nationaler Besinnung von Kulturschaffenden boykottiert werden soll, ist leider Tatsache und bestätigt die Indifferenz der breiten Öffentlichkeit in unserem Land dem künstlerischen Schaffen der Gegenwart gegenüber. Mit ihrem zweiten Schreiben gaben sich die Initianten nun entschlossen: Bis zum 1. Juni sollte eine zweite Unterschriftensammlung laufen, und da der Kulturoboykott auch Geld kostet, lag der Einladung zur Mitunterzeichnung ein Einzahlungsschein bei. Der Boykott hat ein Postcheckkonto.

Droht uns allgemeine kulturelle Dürre? Verweigern sich die Kulturschaffenden auch denen, die ihre Arbeit immer schon mit Interesse und Teilnahme verfolgt haben? Eine Minderheit zwar; aber sollen sie nun für ihre Aufgeschlossenheit zusammen mit den Uneinsichtigen bestraft werden? Natürlich, der Boykott richtet sich ja

nur gegen die 700-Jahr-Feiern. In deren Budget sind allerdings beträchtliche Summen für Aufträge an Schriftsteller, Maler und Komponisten vorgesehen. Einige von ihnen, die solche Aufträge in Aussicht oder bereits angenommen haben, sind nun aufgefordert, davon zurückzutreten, was nicht nur Verzicht auf Honorare bedeutet, sondern zugleich Verzicht auf die reelle Chance, auf nationaler und sicher auch internationaler Ebene Beachtung zu finden. Zweifel, dass sie aus purer Solidarität zu den Initianten und ihren Mitunterzeichnern diese einmalige Chance fahrenlassen werden, müssen erlaubt sein. Und kann man denn die 700-Jahr-Feier vom kulturellen Leben und Schaffen des Landes fein säuberlich abtrennen, ganz als gäbe es 1991 dann eben offizielle Festivitäten ohne Kultur und im übrigen blühende und strotzende Kreativität?

Was an der Aktion besonders verdächtig und störend erscheint, liegt allein schon im Begriff Boykott für eine Verweigerung, die dem persönlichen Entscheid jedes einzelnen Künstlers und Schriftstellers anheimgestellt bleiben müsste. Unter Boykott — muss man das hier klarstellen? — versteht man den Abbruch wirtschaftlicher Beziehungen. Er ist verbunden mit der Ächtung des Betroffenen. Was Gorbatjtschow mit Litauen macht, ist darauf ausgerichtet, den Gemassregelten zur Änderung seiner Politik zu zwingen, konkret gesagt: die Unabhängigkeitserklärung zu widerrufen. Er soll in eine Mangelsituation, er soll in äusserste Not geraten, die so unerträglich wird, dass er zu Kreuze kriecht und sich dem Willen der Übermacht beugt. Denken Schriftsteller, sie seien gemeinsam zu einer Strafmaßnahme dieser Art imstande? Stellen sich die Initianten

vor, es gebe in ihren Reihen keinen, der nicht nur schon aus ethischen und moralischen Gründen von sich weist, was ihm da zugemutet wird? (Von der Bereitschaft, dabei auf nicht zu verachtende Honorare zu verzichten, schon gar nicht zu reden.) Man weiss doch, dass nur die äusserste Disziplin, notfalls Zwang und Terror — auch Gruppenzwang wäre zu nennen — die lückenlose Durchführung eines Boykotts sicherstellen. Die Nazis haben es seinerzeit vorgeführt, als sie die jüdischen Geschäfte boykottierten. Da hat sich keiner mehr hineingetraut, weil ihn die Wachen vor der Ladentür zusammengeschlagen — und ausserdem registriert hätten . . .

Der Boykott ist also eine hässliche Sache. Nicht der allein, gegen den er sich richtet, hat darunter zu leiden; im Gegenteil, die Massnahme weckt unverhoffte Widerstandskräfte in ihm. Die Sympathien der Aussenstehenden werden ihm ebenso zuteil wie die Hilfe dessen, der das Spiel mit der Macht grundsätzlich ablehnt. Wer seine Macht einsetzt, um Widerstand zu brechen und den Gang der Dinge nach seinem Willen durchzusetzen, wird möglicherweise Erfolg haben. Moralische Genugtuung wird er für sich nicht geltend machen wollen.

Da wendet man natürlich ein, von Macht könne bei den Kulturschaffenden in der Schweiz ja gerade nicht die Rede sein. Niemand sei von ihnen abhängig, niemand sei ernstlich geschädigt, wenn die Schriftsteller nicht mehr schreiben und die Künstler nicht mehr Bilder und Objekte erschaffen. Nur gerade bei der 700-Jahr-Feier, wo man sie gerne dabeihätte, biete sich ihnen die Chance, ihre Macht spielen zu lassen. Aber ob das nun eine vermeintliche oder tatsächliche oder bloss durch

den einmaligen und besonderen Anlass gegebene Macht sei: Die Mentalität, die das Mittel des Boykotts als angemessen betrachtet, ist dieselbe. Die Kulturschaffenden werden, wenn ihr Plan gelingen soll, um strenge Disziplinierung, um Sprachregelung, um die Einschwörung aller auf das gleiche Ziel nicht herumkommen. Einer, der sich weigern sollte, dabei mitzumachen, sähe sich unweigerlich als Verräter gebrandmarkt. Da spielen totalitäre Mechanismen, vor denen einem nur grauen kann.

In ihrem ersten Aufruf vom Februar 1990 gaben die Initianten den Angeschriebenen noch die Möglichkeit, eine Verweigerung der Unterschrift zu begründen. Nicht wenige, denke ich, haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht; aber davon ist nichts bekannt geworden. Was kundgetan wurde, ist lapidar: «*Rund 700 Kulturschaffende*» hätten unterschrieben. Man weiss nicht genau, wer sie sind, und der Leser wird verstehen, dass ich auch nur die Andeutung einer danach gerichteten Frage sofort wieder zurückziehe, sonst wirft man mir noch vor, ich sei ein Schnüffler wie die, gegen die sich der Boykott ja richten soll. Der Transparenz würde freilich dienen, wenn man wüsste, welche kulturellen Beiträge, welche Auftragswerke nicht nur den Bundespolizisten und ihren Zuträgern verloren gehen, sondern auch allen andern, denen das Leben in unserem Land unter anderem auch darum so erträglich und angenehm, so anregend und attraktiv vorkommt, weil es da eine vielseitige, differenzierte und zeitbewusste literarische und künstlerische Szene gibt. Wer immer — aus Wut und Enttäuschung über Vorkommnisse, die niemand beschönigen wird — eine Mitwirkung an der 700-Jahr-Feier

der Eidgenossenschaft verweigert (dass es «*rund 700*» sind, klingt fast wie ein schöner Reim, und nach neueren Meldungen sind es ja auch nur noch 400), hat Anspruch darauf, in seiner freien Entscheidung respektiert zu werden. Aber er muss sich auch fragen lassen, was der aufgedeckte amtliche Verstoss gegen bürgerliche Freiheiten und Rechte, wie sie in der Verfassung garantiert sind, mit dem Gedenken an eine siebenhundertjährige Geschichte seiner Meinung nach zu tun habe. Das eine ist schlimm genug, ruft nach Remedi, nach strengerer Kontrolle der Kontrollierenden, und das ist inzwischen auch beschlossen. Das andere aber stellt uns vor die weit umfassendere und tiefere Frage, wer wir als diese Schweiz von heute seien. Dass das hässliche Wort vom «*Schnüffelstaat*» als Antwort zu kurz greift, eine demagogische Ungeheuerlichkeit, braucht nicht lang und breit erörtert zu werden. Wenn die geplanten Anlässe für 1991 einen Sinn haben sollen, so diesen: gemeinsame Bemühungen um ein Selbstverständnis zu sein, das stark verunsichert ist. An der Verunsicherung sind die Affären und Peinlichkeiten nicht unbeteiligt; aber es gibt gewichtigere Gründe dafür, und sie haben ihren Ort in uns selbst und in der Welt, die uns umgibt. Fast nichts von dem, worauf sich noch bis zum Zweiten Weltkrieg das Selbstverständnis der Schweiz gründete, hält kritischer Prüfung stand. Allzuviel hat sich da als Selbstdäuschung erwiesen. Oder weniger hart formuliert, wie es vor zwanzig Jahren Karl Schmid sagte: Wir haben ein paar Sätze über die Schweiz bejaht, «*weil wir sie immer bejaht haben*». Diese Sätze hatten ihren Ursprung in unserer eigenen Geschichte. Jetzt aber sind wir gezwungen, unseren Standort nicht nach der

eigenen Tradition zu definieren, sondern nach unseren Möglichkeiten und Aufgaben in einem zusammenwachsenden Europa und einer kleiner gewordenen Welt. Karl Schmid hat gefragt: «*Ist es nicht vielleicht tatsächlich so, dass zwischen der Wirklichkeit, in der wir leben – der Wirklichkeit eines Industriestaates der modernen Zeit –, und dem Vaterland, von dem wir sprechen, wenn nicht ein Widerspruch, so doch eine Kluft besteht?*»

Um Fragen dieser Art geht es — wie man sieht — nicht erst aus Anlass der 700-Jahr-Feier. Aber vielleicht sollten wir dankbar dafür sein, dass uns der Brauch, Jubiläen nach dem Dezimalsystem zu begehen, einen äusserlichen Anlass dafür bietet, gemeinsam und ein

wenig ausserhalb des gewöhnlichen Alltags unsere neue Wirklichkeit zu suchen und unser Selbstverständnis wieder zu finden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Übungen und Lernprozesse dieser Art ganz ohne die Schriftsteller auskommen. Und ich möchte wünschen, dass gerade auch das eher schwache Bewusstsein, wie unverzichtbar ihr Beitrag dazu ist, in der schweizerischen Öffentlichkeit durch die 700-Jahr-Feier gehoben werden kann. Der Boykott, wenn er denn zustandekommen sollte (mit — allerdings knapper — Mehrheit hat ihn die Gruppe Olten definitiv beschlossen), würde aller Wahrscheinlichkeit nach die gegenteilige Wirkung haben. Er würde zum Bumerang.

Anton Krättli



Aufpassen genügt. Meistens.

Die Basler ist eine Versicherung für alle Fälle an allen Orten und zu jeder Stunde. Der Versicherungsexperte der Basler berät Sie kompetent und freundlich.

Basler
Für alle Fälle

GGK